



Timeout bei der Fusionsprüfung ist notwendig Stellungnahme des Gemeinderates Wauwil

Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss den vereinbarten Zusammenarbeitsregeln ist ein vorzeitiger Abbruch des Fusionsprozesses denkbar, wenn

- in grundlegenden Themen keine Einigung erzielt werden kann oder
- sich die beiden Gemeinderäte nicht geschlossen für eine Fusion und
- für die diesbezüglich getroffenen Vereinbarungen einsetzen.

Diese Zusammenarbeitsregeln sehen auch die gemeinsame Kommunikation vor. Im Widerspruch dazu hat der Gemeinderat Egolzwil rund vier Stunden nach der gemeinsamen Projektsteuerungssitzung vom 24.08.2015 einseitig den Medien den „Offenen Brief an den Gemeinderat Wauwil“ zugespielt und damit die gemeinsame Kommunikation ausgeschlagen.

Neben andern offenen Punkten hat der Gemeinderat Wauwil auch die Rückmeldungen der Wauwiler Bevölkerung anlässlich des Echoraumes vom 30.03.2015 in die weiteren Abklärungen miteinbezogen. Dies hat er der Bevölkerung so zugesichert und auch das Anliegen aufgenommen, die Abklärungsergebnisse in einem weiteren Echoraum mit der Wauwiler Bevölkerung zu besprechen. Wieso konnte dies beispielsweise nicht so umgesetzt werden?

An der Projektsteuerungssitzung vom 11.06.2015, an welcher die Gemeinderäte beider Gemeinden vollständig vertreten waren, war das Anliegen auf einen weiteren Echoraum mit der Wauwiler Bevölkerung erstaunlicherweise nicht mehrheitsfähig und somit rasch vom Tisch.

Der Gemeinderat Wauwil hat bisher ganz bewusst defensiv informiert. Da nun aber gewisse Kreise den mit 4 : 1 Stimmen gefällten Entscheid des Gemeinderates Wauwil nicht respektieren bzw. gar anzweifeln, ob der Gemeinderat Wauwil dazu überhaupt legitimiert war, und dann gleichzeitig noch die Drohkulisse mit der Einreichung einer Aufsichtsbeschwerde weiter erhöhen wollen, sieht sich der Gemeinderat Wauwil nun entgegen seiner ursprünglichen Absicht gezwungen, Fakten auf den Tisch zu legen:

Fakt 1: Kollegialitätsprinzip verletzt und definierte Spielregeln nicht eingehalten

Das Kollegialitätsprinzip wurde mehrmals verletzt, indem Beschlüsse des Gemeinderates Wauwil in der Projektsteuerung und in Teilprojektgruppen nicht vertreten sowie mit gegenteiligen Aussagen Ratskolleginnen und Ratskollegen nicht unterstützt wurden. Zudem wurden die im Gemeinderat Wauwil definierten Spielregeln mehrfach nicht eingehalten. Dies hat zu grossen Irritationen geführt. Deshalb war der Gemeinderat Wauwil schlussendlich gezwungen, mit einem 4 : 1 Entscheid die Zuständigkeit für das Fusionsdossier neu zu regeln.

Fakt 2: Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung der fusionierten Gemeinde nicht gegeben

Der erforderliche Grad der Übereinstimmung, welcher für die erfolgreiche Arbeit in der vereinigten Gemeinde vorhanden sein muss, konnte leider nicht erreicht werden. Die Begründung:

- Monatelanges Zögern und Hinausschieben der Stellungnahme zu den Rahmenbedingungen und den Forderungen aus dem Echoraum (Gemeindeordnung, Reglemente, Gebührensystem, Organisation, Informatik, Zusammenlegung Steuerämter, Reorganisationskosten, Schulweg, Namensgebung, etc.). Erst vier Monate nach der Anfrage wurde die Stellungnahme des Gemeinderates Egolzwil anlässlich der Projektsteuerungssitzung vom 24.08.2015 dem Gemeinderat Wauwil endlich ausgehändigt. Die teilweise Zustimmung zu einzelnen Punkten kam erst auf Druck des Projektleiters und des Kantons (zuständiger Regierungsrat), aber erst nach dem am 12.08.2015 kommunizierten Timeout-Entscheid des Gemeinderates Wauwil, zustande.

- Blockaden betreffend strategischer Ausrichtung nach Sursee, welche nur durch die Kompromissformulierung „Achse Zofingen-Sursee“ gelöst werden konnte. Die gleich heftigen Widerstände waren bei der Ergänzung „Ausrichtung Bereich Soziales nach Sursee“ erneut da.
- Unterschiedliche Kulturen und tiefgreifend anderes Verständnis bezüglich Entschädigungskultur und Finanzen: Konkret verfolgte der Gemeinderat Egolzwil die Absicht, im Jahr 2015, d.h. während des laufenden Fusionsprozesses, ihren Steuerpflichtigen einen Steuerrabatt zu gewähren. Dies konnte nur dank der Intervention des Kantons (durch die damalige zuständige Regierungsrätin) schlussendlich verhindert werden.
- Diverse Bereiche in der Verwaltung sind grundlegend anders organisiert. Das ist grundsätzlich noch kein Problem. Die bereits geführten Diskussionen liessen aber deutlich durchblicken, mit welchen internen Problemen sich der Gemeinderat der fusionierten Gemeinde herumschlagen würde bzw. welche Ressourcen dadurch gebunden würden.
- Die Ergebnisse aus der Fusionsprüfung scheinen für den Gemeinderat Egolzwil keine Relevanz zu haben: Während des laufenden Fusionsprojektes wird der Server auf der Gemeindeverwaltung Egolzwil abgelöst und ein Outsourcing zum Rechencenter Littau vorgenommen. Ebenso wurden die Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltung Egolzwil saniert, obwohl als künftiger Standort die Verwaltung in Wauwil definiert wurde. Auf das Jahr 2015 führte der Gemeinderat Egolzwil eine neue Protokollierungs- und Dokumentenmanagement-Software ein. Das bewährte Entsorgungssystem wird ohne Absprache geändert (Altpapier wird z.B. in Egolzwil nicht mehr eingesammelt). Die vorzeitige Zusammenführung der Steuerämter auf den 01.01.2016 ist nicht möglich. Die ermittelten Kosten von CHF 1.45 Mio. für den Ausgleich der höheren Gebühren in Egolzwil werden immer wieder hinterfragt.
- Kompromissloses Signal des Gemeinderat Egolzwil, dass man nicht bereit ist, das Schulmodell zu wechseln (vgl. Schülerzahlen in Wauwil und jene in Egolzwil).
- Immer wieder fehlende Transparenz, welche das Vertrauensverhältnis enorm strapaziert: über den für die Schulhausrenovation erforderliche Nachtragskredit von CHF 500'000 wurde der Gemeinderat Wauwil eine Woche vor der Veröffentlichung der Botschaft informiert.
- Nichtgenehmigung von Protokollen, Misstrauen und in Frage stellen von Protokollinhalten; massive Druckversuche in dem persönliche Konsequenzen anlässlich der Projektleitungssitzung vom 12.08.2015 angedroht wurden, Nichteinhalten von Abmachungen (die Zustimmung zur Namensgebung Wauwil-Egolzwil war an Bedingungen geknüpft; Indiskretion anlässlich der Treffen mit den Parteipräsidenten, wonach der Druck auf den Gemeinderat Wauwil massiv erhöht wurde; Weitergabe von Internas).
- Die Standortsuche für die Natel-Antenne in Egolzwil wird dem Gemeinderat Wauwil und der Wauwiler Bevölkerung nicht mitgeteilt. Der Gemeinderat Egolzwil schlug den Kirchturm an der Gemeindegrenze vor.

Fazit: Ein Zusammengehen und Zusammenarbeiten kann so nicht funktionieren!

In Kenntnis all dieser Detailinformationen musste der Gemeinderat Wauwil das Timeout beschliessen. Der Gemeinderat hat die Verantwortung selbst übernommen und wollte diese nicht einfach an die Stimmberechtigten abschieben.

Der Gemeinderat Wauwil bietet der Bevölkerung an, bei einem persönlichen Gespräch weitere Fragen zu beantworten. Er hat dazu folgende Zeitfenster (zu jeder vollen Stunde) reserviert:

- Dienstag, 1. September 2015, 18.00 – 20.00 Uhr
- Mittwoch, 2. September 2015, 17.00 – 19.00 Uhr

jeweils im Bürgersaal, Zentrum Linde, Wauwil.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Kenntnisnahme und das Verständnis.